

Hamburger

GÜTERNAHVERKEHR

RUNDSCHREIBEN DES VERBANDES FÜR DAS GÜTERNAHVERKEHRSGEWERBE HAMBURG E. V.
UND DES VEREINS HAMBURGER FUHRHERREN VON 1885 E. V.

Erscheint am 15. jeden Monats in Hamburg. - Druck und Verlag: E. H. Mösche, Hamburg 36, Holstenwall 13. - Schriftleitung: Alfred Metz, Geschäftsführer des Verbandes f. d. Güternahverkehrsgewerbe Hamburg e. v., Hamburg 36,



Gorch-Fock-Wall 15, Ruf: 348790 / 345212 - Anzeigen-Verwaltung: Verlag und Anzeigenverwaltung Carl Gabler. Niederlassung Hamburg, Hamburg 36, Neuer Wall 59, Fernsprecher: 34 64 62. - Z. Zt. gilt Anzeigen-Preisliste Nr. 1

INHALTSVERZEICHNIS: 5000 protestierten gegen die Seebohm'schen Verkehrsgesetze - Man weiß zu wenig vom Güternahverkehrsgewerbe - Berufsausbildung Rückgang der Lastkraftwagenproduktion um 13% - Tarifpolitische Maßnahmen - Prof. Dr. Napp-Zinn zu verkehrspolitischen Problemen Bundesverband der deutschen Industrie zu den neuen Verkehrsgesetzen

5000 protestierten gegen die Seebohm'schen Verkehrsgesetze

Trotz schönsten Wetters, trotz des Fußballspiels um die Deutschen Meisterschaft und trotz der Frühlingsschau strömten Tausende und Tausende in die größte Halle Hamburgs, in die Ernst-Merck-Halle, und füllten sie bis auf den letzten Platz.

Ernsteste Sorgen um ihre Existenz veranlaßten diese Massen zu einem eindringlichen Protest gegen die Gesetzentwürfe des Kabinetts und gegen die Zustimmung des Bundesrates und führte sie zusammen zu einem Appell an den Bundestag, der allein noch in der Lage ist, die rückschrittlichen und wirtschaftswidrigen Gesetzentwürfe zu ändern und eine klare Verkehrskonzeption zu schaffen, die allen Verkehrsträgern gerecht wird.

Eine riesige Fotomontage am Eingang der Ernst-Merck-Halle und Spruchbänder an der Stirnseite des Saales wiesen auf die Bedeutung und die Zielrichtung dieser Massenkundgebung hin. Mit den protestierenden Fuhrunternehmern und ihren Betriebsangehörigen waren prominente Vertreter der Wirtschaft, der Behörden und ein großer Stab der Pressejournalisten und des Rundfunks erschienen. Eine Versammlung in solch riesigem Ausmaß hat das Gewerbe Hamburgs noch nicht erlebt.

Mit Recht betonte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Güternahverkehr, Herr Berling, als Leiter der Veranstaltung, daß es im Bundesgebiet große und größte Versammlungen gegeben hat, aber keine diesen Umfang erreichte, und er habe nur den einen Wunsch, daß diese Kundgebung der Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen nicht ungehört verhallt und ihre Wirkung haben möge bei dem Herrn Bundesverkehrsminister, bei der Bundesregierung und bei dem Bundestag. Herr Berling begrüßte auf dieser imponierenden Kundgebung die Vertreter des Straßenverkehrs Bremens, Schleswig-Holsteins und Hamburgs. Er begrüßte u. a. insbesondere den Präsidenten des Straßenverkehrsgewerbes, Herr Georg Geiger, und den Generaldirektor der Phoenix-Werke, Herrn Friedrich, sowie den Ministerialdirigenten Dr. Hein, den Vater des Güterfernverkehrsgesetzes. Die Versammlung unterstrich die Begrüßung mit großem Beifall.

In seinen Eingangsworten wies Herr Berling auf die Ursache und auf die Notwendigkeit dieser Kundgebung hin. »Die ständig wachsenden Defizite der Bundesbahn lösten eine Verkehrsdebatte aus, die seit mehr als einem Jahr die gesamte Öffentlichkeit in Anspruch nahm. Pläne und Gedanken zur Lösung eines schwierigen Verkehrsproblems fanden ihren Niederschlag in Schlagworten wie 'Koordinierung oder Harmonisierung des Verkehrs' oder wurden irrtümlich als 'Kampf Schiene und Straße' bezeichnet. Ein Sanierungsprogramm wurde geboren und verworfen. Randprobleme wurden in das eigentliche Verkehrsproblem hineingezerrt und verfälschten es. Argumente und Gegenargumente nahmen immer schärfere Formen an und hielten sich nicht immer im Rahmen der gebotenen Sachlichkeit.

Von allen großangelegten Lösungsversuchen der Vergangenheit ist heute nichts anderes übriggeblieben als ein 'Verkehrsfinanzgesetz' und ein 'Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs durch Entlastung der Straßen'. Diese beiden Gesetzentwürfe, die nichts anderes beinhalten als eine Blockierung des Fernverkehrs und eine untragbare steuerliche Belastung des gesamten Straßenverkehrsgewerbes, erfüllen uns mit größter Empörung. Das ist keine Lösung des Verkehrsproblems! Um so weniger haben wir Verständnis für den Beschluß des Bundesrates, der diesen fragmentarischen Gesetzentwürfen gegen 1 Stimme seine Zustimmung gab.

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß nunmehr alle Entscheidung beim Bundestag liegt. Alle hier anwesenden Fuhrunternehmer haben ihr Gesicht dem Bundestag zugewandt. Sie sind sich des Ernstes dieser Stunde bewußt. Sie bangen um ihre Existenz, die gefährdet und zerstört wird, wenn jene Gesetzentwürfe Gesetz werden. Wir alle haben noch das Vertrauen, daß der Bundestag den Weg zu einer gerechten und sinnvollen Lösung des Problems finden wird. Wir hoffen, daß unser Appell an die wirtschaftliche Vernunft und an den Willen zu einer gerechten Lösung nicht ungehört verhallt.«

Dann nahm der Präsident der Zentralarbeitsgemeinschaft des Straßenverkehrsgewerbes (ZAV), Georg Geiger, begrüßt von reichem Beifall, das Wort. In seinem 1½stündigen Referat ging er noch einmal grundlegend auf die Problematik der seit Monaten geführten Verkehrsdebatte ein. Aus dem unerschöpflichen Quell seines reichen Wissens und seiner Erfahrungen und durch die Kunst seiner Rhetorik riß er die Versammlung immer wieder zu stürmischen Beifallskundgebungen hin. Es ist unmöglich, die Rede in ihrem Wortlaut hier abzudrucken. Wir begnügen uns mit der Wiedergabe einiger wesentlicher Teile.

Der Präsident Geiger führte aus:

»Meine Damen und Herren! Wenn Ihr Vorsitzender eben angeführt hat, daß wir uns gegenwärtig in einer Situation befinden, bei der die Nervosität Trumpf zu sein scheint, dann muß ich, bevor ich zu den Problemen selbst Stellung nehme, sagen, mir scheint, daß in den letzten Wochen und besonders in der Gegenwart der sonst so sichere Herr Bundesverkehrsminister Dr. Hans Christoph Seebohm der Nervöseste von uns allen geworden ist. Zu dieser Feststellung habe ich berechtigte Ursachen und berechtigte Gründe. Ich hatte mir vorgenommen, den heutigen Tag dazu zu benutzen, um dem Herrn Minister so zu antworten, wie es scheinbar heute auf der politischen Diskussionsebene notwendig geworden ist. Ich halte es aber nach Rücksprache mit meinen Freunden für richtig, unseren Weg in der Öffentlichkeit mit der gleichen Sachlichkeit zu gehen, wie wir das seit Monaten tun.«

Herr Geiger ging dann auf den Vorfall Raucamp kontra Bundesbahn anläßlich seiner Rede in Düsseldorf ein. Bekanntlich hat die Bundesbahn aus einer irrtümlichen Redewendung des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Güterfernverkehr, Herrn Raucamp, eigenartige Konsequenzen gezogen. Herr Geiger warnte vor Überspitzung dieses Vorfalls und riet zu einer vernünftigen Lösung. Sollte aber die Bundesbahn Gefallen daran finden, diese Angelegenheit vor ein gerichtliches Forum zu zerren, so sind wir zu einer Auseinandersetzung auch vor diesem Forum bereit.

»Nun zur Sache selbst. Ich bin der Öffentlichkeit gegenüber verpflichtet, fortwährende und manchmal unfassbare Mißverständnisse aufzuklären. Auf einer Pressekonferenz ist es z. B. zur Sprache gekommen, daß für alle Unbilligkeiten auf der Straße unser Gewerbe verantwortlich gemacht wird. Ich möchte darauf hinweisen, daß gerade wir als Gewerbe mit dem Ordnungswerk auf der Straße begonnen haben. Unsere Fahrzeuge sind durch einen roten, blauen oder gelben Strich sichtbar gekennzeichnet, und auch im Nahverkehr weisen sie ihre Zugehörigkeit zum Gewerbe durch ihre Standortschilder aus. Sie geben damit die Verpflichtung zu erkennen, jede Verantwortung auf der Straße übernehmen zu wollen. Es war erstaunlich festzustellen, daß die Pressekonferenz von dieser Kennzeichnung der gewerblichen Fahrzeuge scheinbar nicht unterrichtet war. Dieses Ordnungswerk hat uns